

# Der freie Schwarzwälder

## Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

### Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 30 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 Mk. in Württemberg 2,20 Mk. vierteljährlich, hierzu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Pettizelle. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 242

Montag, den 2. Dezember 1918

35. Jahrgang.

## Die Wahl der Nationalversammlung.

Berlin, 29. Nov. Der Rat der Volksbeauftragten hat beschlossen, die Wahlen zur Verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung am 16. Februar stattfinden zu lassen, vorbehaltlich der Zustimmung der am 16. Dezember 1918 zusammentretenden Reichsversammlung der A. und S.-Räte Deutschlands. Das Reich wird in dem Gebietsumfang vom 1. August 1914, ohne daß damit der Entscheidung der Friedensverträge vorgegriffen wird, in 38 Wahlkreise eingeteilt, in denen nach der Einwohnerzahl je sechs bis 16 Abgeordnete zu wählen sein werden.

Die Mitglieder der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag, also am 16. Februar 1919, das 20. Lebensjahr vollendet haben. Das Wahlrecht ist hiernach gegenüber dem Reichstagswahlrecht auf die Frauen, auf die 20- bis 25-jährigen und auf die Personen des Soldatenstands ausgedehnt worden. Wahlschließungsgründe sind lediglich Entmündigung und Vormundschaft, sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Konkurs und Armenunterstützung sind nicht mehr Wahlschließungsgründe.

Wahlbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahr Deutsche sind.

Die Wahlkreiseinteilung beruht auf dem Grundtag, daß auf durchschnittlich 150 000 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 ein Abgeordneter entfällt und dort, wo Landes- oder Verwaltungsbezirkegrenzen bei der Wahlkreiseinteilung berücksichtigt werden müssen, ein Ueberschuß von mindestens 75 000 Einwohnern vollen 150 000 Einwohnern gleichgerechnet wird. In Preußen bilden die kleineren Provinzen, die großen Regierungsbezirke und Berlin je einen Wahlkreis. Alle Regierungsbezirke sind zum Teil auch mit nichtpreussischem Gebiet zusammengelegt worden. Bayern zerfällt in vier, Sachsen in drei, Württemberg in zwei Wahlkreise, Hessen und Elsaß-Lothringen, sowie Baden bilden je einen Wahlkreis. Die kleineren Bundesstaaten sind zu Wahlkreisen vereinigt worden.

Bezüglich der Wählerlisten folgt das Gesetz im allgemeinen dem Reichstagswahlrecht, weil es notwendig erscheint, die Grundlagen für die Ausübung des Wahlrechts so zuverlässig wie irgend möglich zu gestalten. Hierbei sind besondere Bestimmungen getroffen oder vorgeesehen, die den gegenwärtigen Verhältnissen in der Bevölkerung Rechnung tragen und besondere Erleichterungen für die heimkehrenden Feldzugsdienstnehmer schaffen sollen.

In der Anwendung der Verhältnisse ist schließlich die Verordnung dem Reichsgesetz vom 24. August 1918 an, das seinerzeit von der überwältigenden Mehrheit des Reichstags angenommen worden ist, nur ist mit Rücksicht auf die Größe der neuen Wahlkreise bestimmt worden, daß die Vorschläge nicht bloß von 50, sondern mindestens von 100 wahlberechtigten Personen des Wahlkreises unterzeichnet sein müssen.

Das Wahlrecht ist durch Verordnung vom 12. November 1918 ausgedehnt worden: a) auf die Frauen, b) auf die 20- bis 25-jährigen, c) auf die Soldaten. Während bei den Reichstagswahlen von 1912 14,1 Millionen wahlberechtigt waren und von diesen sich 12,8 Millionen, gleich 85 Prozent, an den Wahlen beteiligt haben, werden jetzt schätzungsweise 39 bis 40 Millionen, darunter etwa 21 Millionen Frauen, wahlberechtigt sein. Am 1. Januar 1911 sind aus dem Jahrgang 1898, der als erster Geburtsjahrgang für die Wahlberechtigung in Frage kommt, und früher vorhanden gewesen: Männliche Personen 22 965 829, weibliche Personen 23 904 261, zusammen 46 870 090. Davon sind in den Jahren 1911 bis 1918 abzugehen die Sterbefälle. Sie betragen etwa 600 000 jährlich und verteilen sich nahezu zu gleichen Teilen auf Männer und Frauen, zusammen etwa 1,8 Millionen. Abgehen sind ferner etwa 1,8 Millionen im Kriege Gefallener und Vermisster. Im Ganzen sind demnach durch Tod usw. 6,6 Millionen (4,2 Millionen Männer und 2,4 Millionen Frauen) von der obigen Summe der Wahlberechtigten abzugehen. Außerdem gehen als die Ausländer mit etwa 1,4 Millionen. Hinzu kommen

dagegen die uns während des Kriegs zugeströmten Auslandsdeutschen, sowie die in Konkurs Befindlichen und die Armenunterstützung beziehenden Personen. Alles in allem ergibt sich an Wahlberechtigten am 31. Dezember 1918

Summe zwischen 38 und 40 Millionen Personen, etwa 18 Millionen Männer und 21 Millionen Frauen. Zweifelhaft erscheint es, ob unsere Kriegsgefangenen (z. B. 500 000 Mann) in die Lage versetzt werden können, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

## Die Umwälzung im Reich. Die Berliner Soldatenräte gegen den Vollzugsausschuß.

Berlin, 30. Nov. Im Reichstagsaal fand eine Sitzung der Berliner Soldatenräte statt, die zu dem Nachstreit zwischen dem Vollzugsausschuß der Arbeiterräte und der Regierung der Volksbeauftragten nachträglich Stellung nahm. In den schärfsten Ausdrücken brachten die Räte die Empörung der Soldaten gegen den Vollzugsausschuß zum Ausdruck, der sich widerrechtlich eine Macht anmaßt, die ihm als Grund der Bestimmung nicht zukommt. Besondere Verärgerung zeigte sich dem Vollzugsausschußmitglied Wolfenbühl gegenüber, der oft durch erregte Bursche auf seinen Platz zurückgedrängt wurde so oft er sich dem Vorlaubbücheln wehren wollte. Dagegen wurde Scheidemann, der auch in der Versammlung erschien, mit säkularischem Beifall begrüßt. Als Wolfenbühl sein Verfahren damit begründen wollte, daß er der Gegenrevolution entgegenarbeite, wurde ihm erwidert, daß sei nur Stimmungsmache. Der Vertreter der Soldatenräte Dornig führte aus, im Reich verliere man das Vertrauen nicht jemand wisse, wer regiere. Der jetzige Zustand sei unhaltbar. Die Soldatenräte wollen nicht die Strafe für die Herrschaft des Bolschewismus sein. Das Aufsichtsrat des Vollzugsrat müsse sofort aufgehoben und die Nationalversammlung berufen werden. Scheidemann erklärte, die blasse Furcht vor der Gegenrevolution werde von gewisser Seite stark übertrieben. Der aus dem Vollzugsrat ausgetretene Colin Ross protestierte dagegen, daß die Vollzugsratmitglieder sich selbst Tagelöhner von 50 Mk. bewilligt hätten. Ferner wurde heftig gegen die Verschleuderung von Heeresgut und Lebensmitteln durch die Unwirtschaftlichkeit des Vollzugsausschusses protestiert. Niemand wisse, wohin die Waren kommen. Wolfenbühl erklärte unter brausendem Beifall, der Vollzugsrat habe alles zertrümmert, was noch heil war. Daraus wurde ein Ausschuß von 7 Vertretern der Berliner Regimenter gewählt, der die Verschleuderung des Heeresguts untersuchen soll. Die Versammlung hat einen klaffenden Riß zwischen den Arbeiterräten und den Soldatenräten in Berlin aufgetan.

## Der „Vorwärts“ gegen den Bolschewismus.

Berlin, 30. Nov. Zum Eingreifen der Entente in Rußland schreibt der „Vorwärts“: Soweit hat es der Bolschewismus gebracht. Anstatt dem russischen Volke eine glückliche Zukunft und selbständige Entwicklung zu sichern, anstatt alle Kräfte des Landes für den Aufbau eines neuen russischen Staates zusammenzufassen, hat er Zustände geschaffen, die die Ursache sind, daß ihm vor auswärts ein neues militärisches Regiment, eine neue Ordnung und eine neue Regierung aufgezwungen werden. Daran können die Bolschewisten Deutschlands das Unglück erkennen, das sie mit ihrer Agitation für das deutsche Volk vorzubereiten versuchen.

Berlin, 30. Nov. In der „Tägl. Rundschau“ schreibt Harter D. Traub: Klare Front gegen den Bolschewismus in jeder Form ist das oberste Gesetz. Des versteckten Bolschewismus gibt es viel mehr in Deutschland, als harnulose Gemüter ahnen. Einseitiges Vorgehen des deutsch empfindenden Bürgertums lautet das andre Gesetz.

Die „Berl. Volkszeitung“ verlangt, daß die Sozialdemokratie ihre Verhältnisse durch ein Ultimatum schaife. Sie dürfe nicht mehr länger ruhig zusehen.

Berlin, 30. Nov. Der Soldatenrat des Admiralschiffes der Marine und des Reichsmarinenaums zu Berlin nahm heute folgende Entschliessung an: Es können grundsätzlich keine Soldatenräte anerkannt werden, in denen sich Offiziere befinden. Eine Ausnahme ist nur dann zulässig, wenn sich die fraglichen Offiziere bereits vor der

Revolution in sozialdemokratischem Sinne betätigt haben und hierfür einen einwandfreien Nachweis erbringen können. Die gleichen Voraussetzungen gelten für den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte.

## Eisners Stellung erschüttert.

München, 30. Nov. Die „Münc. Augsb. Abendzeitung“ meldet, daß Eisner durch seine Maßlosigkeit sich selbst unmöglich gemacht habe. Er habe sich in nie wieder gutzumachender Weise an Reich und an Bayern veründigt. Die Minister müssen ihm sagen, daß seine Zeit abgelaufen sei, wenn Bayern und dem Reich nicht noch Schlimmeres widerfahren solle.

## Die heftige Regierung gegen Eisner.

München, 30. Nov. Das heftige Ministerium hat gegen das Vorgehen Eisners gegen das Auswärtige Amt bei den Regierungen in Berlin und München scharfen Einspruch erhoben. Eisner bringe die Einheit des Reichs in Gefahr und man erwarte, daß die bayerische Regierung den Schritt Eisners rückgängig mache.

Berlin, 30. Nov. Die bevorstehende Veröffentlichung diplomatischer Dokumente aus der Vorkriegszeit und der Kriegszeit, die im Auftrag des deutsch-österreichischen Staatsrats im Einvernehmen mit der tschecho-slowakischen Regierung und der ungarischen Republik erfolgen soll, wird laut „Börs. Jtg.“ auch den Geusen Czernin veranlassen, öffentlich zu sprechen.

## Die Enthüllungen Eisners.

Berlin, 30. Nov. Nach der „D. Allg. Jtg.“ sagte der bayerische Gesandte in Berlin, Dr. Müller, die Enthüllungen Eisners seien auf eine Kuregung Clemenceaus erfolgt, der dem bayerischen Gesandten in Bern die Veröffentlichung alles Materials, das Deutschland bloßstellen könne, habe nahelegen lassen. Das könne „den Frieden fördern“.

## Heimkehr.

Berlin, 30. Nov. Von den Soldatenräten der West- und Ostfront gehen der Reichsregierung viele Telegramme zu, die dem Rat der Volksbeauftragten das Vertrauen aussprechen, gegen die Diktatur protestieren und die Einberufung der Nationalversammlung verlangen.

## Die Heimkehr.

Frankfurt a. M., 30. Nov. Die Armee des Generals von der Marwitz überschritt gestern den Rhein bei Mainz in 5 Heereskörpern. Nachmittags erreichten Abteilungen das Weichbild von Frankfurt, wo ihnen ein begeistertes Empfang zuteil wurde. Die Truppen sind in ausgezeichneter Verfassung und Stimmung.

Wien, 30. Nov. Das Gouvernement gibt bekannt: Nach Mitteilung der Waffenstillstandskommission verlangt die Entente, daß die letzten deutschen Truppen bereits am 4. Dezember um 6 Uhr früh den Rhein überschreiten haben müssen.

Düsseldorf, 30. Nov. Der beschleunigte Rückzug aus dem linken Rheingebiet bei Düsseldorf wurde trotz aller Schwierigkeiten in der Nacht beendet. Gegen 5 Uhr überschritten die drei letzten Divisionen die Rheinbrücken. Nach alles Material wurde herüber gebracht. Infolge des großen Truppenandranges glich die Stadt zeitweilig einem großen Heerlager. Die Besetzung wird Sonntag früh erwartet.

## Die Räumung im Osten.

Berlin, 30. Nov. Im Osten sind die Räumungen und Rücktransporte unserer Truppen im großen Maßstab eingeleitet. Zunächst werden Ostland, Livland, das Grenzgebiet östlich der Linie Polodorschno - Baranowitsch, Laurien und die Krim geräumt. Wegen der großen Entfernungen und der mangelhaften Bahnverbindungen dauert die Räumung längere Zeit. Die ersten kleineren Transporte sind in Ostpreußen angekommen. Durch die Verhältnisse in Polen wird die Räumung erschwert.

Es ist ein merkwürdiger Zufall, daß an denselben Tagen (26. bis 28. November) die deutsche Besatzungsarmee die Verejina in breiter Front hauptsächlich bei Stubenica, überschritt, wo vor mehr als 100 Jahren (1812) die Trümmer des napoleonischen Heeres über den Fluß zurückfluteten. Während aber das heutige gemischte Heer Napoleons — er selbst war in einem Schlitten vorausgeritten — nur den Fluß überquerte,



den Russen größtenteils anverleihen wurde, vollzog sich der deutsche Rückzug trotz einiger Gefechte mit den Bolschewisten in vollkommener Ordnung.

### Die Auslieferung der deutschen Schiffe.

**Berlin, 30. Nov.** Die Abgabe von Kriegsschiffen zur Internierung ist beendet bis auf das Linienschiff „König“ und den kleinen Kreuzer „Dresden“ und ein Torpedoboot. Letzterer wird Anfangs Dezember nach England überführt werden. Die letzte (sechste) Tauchbootstaffel ist am 29. Nov. von Helgoland in See gegangen. Es sind damit im Ganzen 122 Tauchboote zur Ablieferung gelangt. Mit dieser Staffel fährt auch ein Dampfer, der die noch abzuliefernden Torpedos überführt. Die in Sebastopol liegenden russischen und deutschen Schiffe sind an die Alliierten übergeben worden.

### Die sächsischen Kriegsverluste.

**Dresden, 30. Nov.** Die Gesamtverluste des sächsischen Heeres auf allen Kriegsschauplätzen (und Gefallen von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften: 109 588; verwundet: 294 634; vermisst: 56 052. Unter den Gefallenen sind auch die infolge von Krankheit oder Unfall im Feld und in der Heimat verstorbenen Militärpersonen aufgeführt. Leute mit mehrmaliger Verwendung sind mehrfach gezählt. In der Vermisstenzahl sind enthalten: 37 012 Personen, die sich in einblinder Gefangenschaft befinden und 19 040 wirklich Vermisste, die größtenteils den Geiseln dazugechnet werden können. (Diese amtlichen Zahlen sind etwas höher, als die Zusammenstellung der „Adln. Btg.“, die wir veröffentlicht haben. D. Schr.)

### Die Absicht der Feinde.

**Berlin, 30. Nov.** Dem „B. T.“ wird aus dem Haag gemeldet, Frankreich suche unter allen Umständen die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen und es habe dabei folgende Vorteile im Auge: Auslösung der deutschen Armee durch Gefangenahme oder völlige Versegerung der Verbände; Niederbruch der wirtschaftlichen Organisation der einzelnen Landesteile, daraus und aus der erweiterten Besetzung die Möglichkeit, unter dem Vorwand von Kriegsschädigung große materielle Vorteile aus Deutschland zu ziehen durch eine von den Verbandsmächten distanzierte dauernde Abgabenorganisation aller Art. Ferner wird erwartet die politische Einwirkung der Verbandsmächte in dem erweiterten besetzten Gebiet, entsprechende Rückwirkung auf das noch unbesetzte Gebiet und der Eindruck in Berlin. In der weiteren Folge vor allem Errennung jeder internationalen Einmütigkeit, besonders der Arbeiter.

**Berlin, 30. Nov.** Zwischen England und Frankreich soll ein Vertrag über das Eingreifen in die inneren Verhältnisse Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs zu Stande gekommen sein. Es soll sich u. a. darum handeln, die Gebiete nach Konfessionen zu trennen. (?)

### Aus dem Parteileben.

**Berlin, 30. Nov.** In einer von Prof. Luidde herausgegebenen Broschüre behauptet v. Tepper-Laski, schon vor dem 1. April 1915 seien von englischer Seite Annäherungsverträge gemacht worden. Der persönliche Versuch eines Neutralen zu unverbindlichen Besprechungen sei abgelehnt worden.

### Der lippische Landtag.

**Hannover, 30. Nov.** Der lippische Volks- und Soldatenrat hat den bisherigen Landtag gestern aufgelöst und die Neuwahlen zum Landtag nach dem neuen Wahlrecht auf der Grundlage der Verhältniswahl und der Wahlpflicht für Sonntag, den 26. Januar 1919, angeordnet.

### Wendenstaat.

**Dresden, 1. Dez.** Die Wenden der sächsischen Lausitz wollen, dem „Dresdener Anzeiger“ zufolge,

einen selbständigen Wendenstaat gründen, und hatten entsprechende Versammlungen ab. Die Wenden zählen in Sachsen nur 50 000 Köpfe.

### Neues vom Tage.

#### Rückkehr der Gefangenen.

**Konstanz, 29. Nov.** Von Anfang Dezember an werden voraussichtlich wöchentlich zwei Transporte von Frankreich und Italien durch Konstanz kommen.

**Singen, 29. Nov.** Der schweizerische Bundesrat hat beschlossen, daß vor dem 2. Dezember überhaupt keine entlassenen Soldaten der Mittelmächte in die Schweiz einzulassen sind. Vom 2. Dezember an sind täglich nur so viel Leute einzulassen, als in den einzureichenden Beobachtungsstationen Platz finden. Mit der Prüfung der Einreisegesuche und der Bewilligung der Einreise wird die Zentralkasse für Fremdenpolizei in Bern beauftragt. Die Kontrolle an der Grenze besorgt die Grenzpolizei.

#### Fürster abgelehnt.

**Bern, 30. Nov.** Die Schweizer Regierung hat es abgelehnt, mit dem neuen bayerischen Gesandten Prof. W. Förster in Verbindung zu treten.

#### Die Polen.

**Berlin, 30. Nov.** Die Blätter melden, die polnischen Darlehenskassen haben einem einzigen Vertrauensmann 230 Millionen Mark zum Kauf von deutschen Gütern um Danzig zur Verfügung gestellt.

**Wien, 30. Nov.** Der Staatssekretär für die Finanzen legt eine deutsch-österreichische Staatsanleihe von 500 Millionen Kronen in steuerfreien vom 1. Dez. 1918 ab mit 4 Prozent verzinslichen und vom 11. November 1920 ab mit halbjähriger Frist kündbaren, auf den Inhaber lautenden Schatzscheinen des deutsch-österreichischen Staats zur öffentlichen Zeichnung vom 2. bis 18. Dez. 1918 auf zum Zeichnungspreis von 97 Prozent bei voller Bezahlung oder 99 Prozent, wenn ein Viertel des Betrags sofort in österreichischer Kriegsanleihe eingezahlt und der Rest bar gezahlt wird. Die Städte der österreichischen Kriegsanleihe werden zum Nettozeichnungspreis angenommen und außerdem Stückzinsen bis 30. 12. 1918 vergütet.

#### Neue Forderung Jochs.

**Köln, 30. Nov.** Der Berliner Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ meldet u. a.: Joch fordert die Ablieferung von großen achtachsigen Lokomotiven, worüber im Waffenstillstandsvertrag nichts vereinbart worden ist. Dieser Forderung können wir aber schon deshalb nicht nachkommen, weil wir nur eine unverhältnismäßig geringe Anzahl dieser Lokomotiven besitzen.

#### Sicherstellung der 100 Milliarden.

**London, 30. Nov.** „Daily Chronicle“ schreibt, damit Deutschland die Entschädigung von 100 Milliarden an England bezahlen könne, müsse man es zwingen, Hypotheken auf seine Gruben usw. aufzunehmen.

**Paris, 30. Nov.** Der Kammer wird ein nochmaliger Kriegskredit von 8 Milliarden Franken zugehen.

#### Ein starkes Rußland.

**Moskau, 30. Nov.** Nach einer Zeitungsmeldung ist zwischen der Entente und Vertretern Rußlands auf einer Aussprache in Jassy vereinbart worden, daß die verschiedenen russischen Staatengebilde unter Bewahrung der inneren Selbständigkeit unter einer gemeinsamen Regierung vereinigt werden. Die Regierungsform bleibt weiterer Vereinbarung zwischen der Entente und den Parteien vorbehalten. (Die Politik der Entente ist ein starkes Frankreich im Westen, ein neugegründetes Rußland im Osten. In der Mitte ein ohnmächtiges Deutschland und ein zerstücktes Oesterreich. D. Schr.)

## Die Abdankung König Wilhelms.

An das Württembergische Volk!

Wie ich schon erklärt, soll meine Person niemals ein Hindernis sein für die freie Entwicklung der Verhältnisse des Landes und dessen Wohlergehen.

Geleitet von diesem Gedanken, lege ich mit dem heutigen Tage die Krone nieder.

Allen, die mir in 27 Jahren treu gedient oder mir sonst Gutes erwiesen haben, vor allem auch unsern heldenmütigen Truppen, die durch vier Jahre schweren Ringens mit größtem Opfermut den Feind vom Vaterlande fern gehalten haben, danke ich aus Herzensgrund, und erst mit meinem letzten Atemzuge wird meine Liebe zur teuren Heimat und ihrem Volke erlöschen.

Ich spreche hiebei zugleich im Namen meiner Gemahlin, die nur schweren Herzens ihre Arbeit zum Wohle der Armen und Kranken im bisherigen Umfang niedersetzt.

Gott segne, behüte und schütze unser geliebtes Württemberg in alle Zukunft!

Dies mein Schelbegruß.

Udenhausen, den 30. November 1918. Wilhelm.

Die provisorische Regierung nimmt den Thronverzicht des Königs entgegen. Eine Thronfolge im Sinn des § 7 der württembergischen Verfassungsurkunde ist nach den durch die Umwälzung vom 9. November geschaffenen Verhältnissen ausgeschlossen.

Die provisorische Regierung dankt im Namen des Volkes dem Könige, daß er in allen seinen Handlungen von der Liebe zur Heimat und zum Volke getragen war und daß er durch seinen freiwilligen Verzicht dazu beigetragen hat, die Bahn für die freie Entwicklung zu ebnen. Das württembergische Volk vergißt nicht, daß der König mit seiner Gemahlin in Werken der Nächstenliebe stets edel und hilfreich gehandelt hat.

Stuttgart, den 30. November 1918.

Die provisorische Regierung:

Blos, Baumann, Crispian, Fischer, Heymann, Klein, Viehging, Lindemann.

S. M. der König hat anlässlich des heute ausgesprochenen Thronverzichts den Namen und Titel eines Herzogs von Württemberg angenommen.

## Württemberg.

(-) Stuttgart, 1. Dez. (Truppeneinmarsch.) Gestern vormittag halb 11 Uhr zog das Dragoner-Regt. 26 und Feldartillerie hier ein. An der Stuttgarter Markungsgrenze wurde das Regiment, das zu Fuß marschierte, am Sübheimer Platz von Bürgerauschubsmann Dr. Wölz empfangen. Jubelnd begrüßt und begleitet von vielen Tausenden marschierte das Regiment durch die Stadt zum Rathausplatz, wo Oberbürgermeister Lautenslager in herzlicher Ansprache Offiziere und Mannschaften willkommen hieß. Oberst v. Hügel begrüßte das Regiment namens des Heftl. Generalkommandos, Minister Crispian namens der Regierung, worauf der Führer Hauptmann Joch dankte. Nach Abingung des Lieds „Deutschland, Deutschland über alles“ setzte das Regiment mit seinen zahlreichen geschmückten Paßagewagen den Marsch zur Kaserne in Cannstatt fort. Der Marsch glich einem Triumphzug.

Am Samstag nachmittag traf das Rekruten-Regt. Depot 123, etwa 1100 Mann, auf dem Nordbahnhof ein. Die Mannschaften bezogen in der Notebühnkaserne Quartier.

Druck und Verleger: B. Hofmann'sche Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt, daselbst.

## Bekanntmachung

Anstelle des verstorbenen Abgeordneten der hiesigen Stadtgemeinde zur Amtsversammlung Stadtpfleger Gutbub hier wurde gestern vom Gemeinderat (Bürgerausschuß war beschlußunfähig) auf den Rest der Wahlperiode von Dez. 1916-1919

**Kaufmann u. Gemeinderat Ludwig Rappellmann** hier, mit 7 Stimmen gewählt.

Die Wahl kann von jedem Mitglied der Gemeindegemeinschaft, sowie von jedem, auf welchen eine Stimme abgegeben wurde, innerhalb einer Woche im Wege der Einsprache angefochten werden.

Wildbad, den 30. Nov. 1918.

Stadtschalttheßenamt: Dägner.

## Teigwaren-Abgabe.

Auf Lebensmittelmarkte 13 erhält jede Person 80 gr. Teigwaren.

Eröffnungsdienstag Abend 6 Uhr.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Heilt den Verwundeten!

**Württ. Rote Kreuz-Geld-Lotterie**

Ziehung 4. Decbr. 1918.

2400 nur bare Geldgewinne zusammen Mark

**58000**

Hauptgewinn Mk. 2

**25000**

**10000**

Losse zu 2 Mark.

4 Lose 11 Mk. 11 Lose 20 Mk. Porto 4 Lose 40 Pf. Zu bez. durch alle Verkaufsstellen u. Lotterieleitungen

**J. Schweickert**

Stuttgart, Kuttb. 1.

Fernsprecher 1921.

**kleinere Villa Einfamilienhaus**

wird in Wildbad oder Nähe, jedoch an der Bahn gelegen, in Wäldern zu kaufen gesucht. Offerte mit näherer Beschreibung und äußerstem Preis bei Barzahlung wollen zur Weiterbeförderung eingereicht werden an Güterbeförderer Rth.

**Holstin-Späne**

Chemische Reinigung im Hause Besser wie Gallseife! empfiehlt

**Carl Wilh. Gott.**

Wildbad, den 2. Dezember 1918.

40  
12  
80  
22



## Todes-Anzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten, die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Gatte, unser treubestorgter Vater, Groß- und Schwiegervater

## Wilhelm Schuhmann

Veteran von 1866, 1870/71

Samstag mittag 1/2 12 Uhr, nach langem schwerem Leiden, im Alter von 75 Jahren sanft entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**die trauernde Gattin:**

**Frau Karoline Schuhmann, geb. Ruff**  
der Sohn:

**Gustav Schuhmann** Fabrikarbeiter  
die Schwiegertochter:

**Frau Sophie Schuhmann, Witw.**  
geb. Müller

der Schwiegervater: **Albert Wolf**  
St. in englischer Gefangenschaft.

Beererdigung Dienstag nachmittag 2 Uhr.

Wir übernehmen  
**Mäntel, Zinsscheine**  
und ganze Stücke von  
**Wertpapieren**  
als offene Depots

zur Verwahrung in feuer- und diebes-sicherer Stahlkammer  
und  
zur Verwaltung mit Einlösung der Zinsscheine, Ueberwachung der Verlosung, Einzug fälliger Stücke, Beschaffung neuer Zinsschein-Bogen und dergl.

Wir geben gerne nähere Auskunft am Schalter.

## Stahl & Federer

Aktie- & esel schaft  
Filiale Wildbad.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe zwei gutgenährte  
**Arbeitspferde**

um Schlächterpreis.

Güterbeförderer Rth.